

Privatsphäre als Grundrecht



VON STEFAN EHRBAR

Die Nachricht: Die Jungparteien ergreifen das Referendum gegen die Revision des Überwachungs-Gesetzes (Büpf), das etwa Staatstrojaner und längere Datenspeicherung vorsieht.

Der Kommentar: Selten genug kommt es vor, dass sich Jusos, die Junge SVP und die Jungfreisinnigen zusammenschliessen, um dem Parlament ein Bein zu stellen. Die Parallelen zur letzten vergleichbaren Aktion im Jahr 2008 sind offensichtlich. Damals ging es um den biometrischen Pass. Die Jungparteien – schon damals mit Ausnahme der Jungen CVP – wollten mehr Datenschutz und weniger gespeicherte Informationen.

Der Pass wurde dank Zufallsmehr Realität. 5500 Stimmen machten den Unterschied. Ein knappes Resultat ist auch bei der mit Sicherheit stattfindenden Büpf-Abstimmung zu erwarten. Nun stehen schliesslich deutlich tiefere Eingriffe in die Privatsphäre zur Debatte: Wer kontrolliert den Staatstrojaner? Muss gespeichert werden, mit wem jeder Schweizer im letzten Jahr Mail-Kontakt hatte, mit wem er wann und von wo aus telefonierte – oder reichen sechs Monate doch aus?

Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten, lautet ein zu oft bemühtes Argument. Es muss auch niemand wissen, dass ich nichts zu verbergen habe, hat jemand einmal richtigerweise angefügt.

Die Jungparteien machen Hoffnung. Auf eine Politik, die für einen massvollen Einsatz der digitalen Möglichkeiten einsteht; Hoffnung auch auf einen neuen, parteiübergreifenden Konsens zu Grundrechten und Privatsphäre. Ausgerechnet die Generation, der ein nachlässiger Umgang mit persönlichen Daten in den sozialen Medien nachgesagt wird, ermöglicht eine Abstimmung über die Fragen, die das Parlament nonchalant durchwinken wollte. Damit haben sie schon gewonnen: an Profil und Glaubwürdigkeit.

stefan.ehrbar@schweizamsonntag.ch

Ein Schweizer Schloss für Gurlitt



VON STEFAN KÜNZLI

Die Nachricht: Der verstorbene Kunsthändler Cornelius Gurlitt hat dem Kunsthaus Bern seine Kunstsammlung vererbt. Doch Bern zögert.

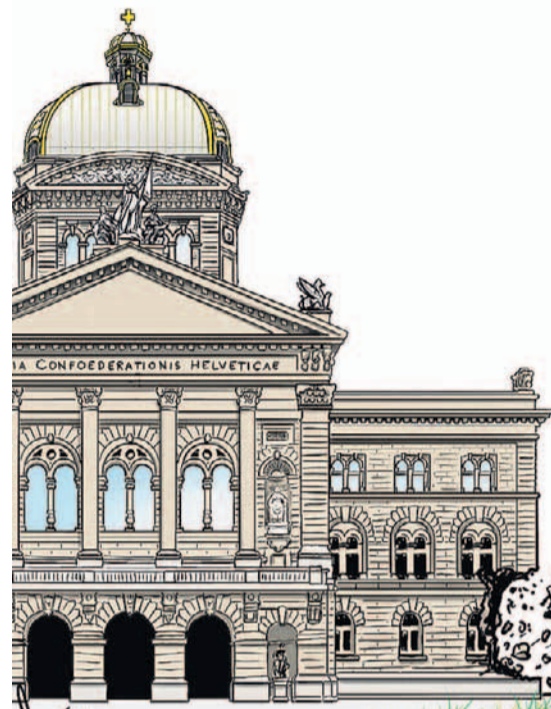
Der Kommentar: Man reibt sich die Augen. Da erbt das Kunsthaus Bern einen bedeutenden Kunstschatz. Doch statt zu jubeln, dominieren die Zauderer, Bedenkenträger, Warner, Zweifler, Nörgler, Skeptiker und Neider die Debatte. Und das Kunsthaus liess verlauten, dass nicht entschieden sei, ob das Erbe überhaupt angetreten werde. Betont werden die hohen Kosten, die hohe Erbschaftsteuer, die heikle ethische Frage, ungeklärte juristische Fragen. Dazu wird die zweifelhafte Rolle der Schweiz in Sachen Raubkunst wieder aufgerollt.

Klar, das alles muss sorgfältig abgeklärt werden, und sicher sollen die Besitzverhältnisse der Bilder geklärt werden. Doch bei allem Verständnis für die Bedenken: Diese Chance darf sich die Schweiz nicht entgehen lassen. Mit Kleinmut ist gar nichts zu gewinnen. Auch wenn die Sammlung vielleicht nicht die erhoffte kunsthistorische Bedeutung hat, sie ist beispielhaft für die Geschichte des Kunsthandels in den letzten 80 Jahren und der spektakulärste Kunstfund der Nachkriegszeit. Bern würde für eine Weile zur Kunst-Metropole. Zu einem Pilgerort der Kunst.

Ideen und Visionen sind gefragt. Wieso nicht gross anrichten? Wieso nicht eine ständige Gurlitt-Ausstellung oder sogar ein eigenes Gurlitt-Museum? Die bayrische Regierung wollte ein Schloss als Ausstellungsort für die Gurlitt-Sammlung suchen. Wieso nicht in einem Schloss in der Schweiz? Oder noch grösser gedacht: Wäre es nicht eine Gelegenheit für die Schweiz, ein grosses Museum für «entartete Kunst» aufzubauen? Mit der Gurlitt-Sammlung als Basis. Ein Museum, in welchem «entartete Kunst» gezeigt wird und die Raubkunst und die umstrittene Rolle der Schweiz thematisiert und gleichzeitig aufgearbeitet wird.

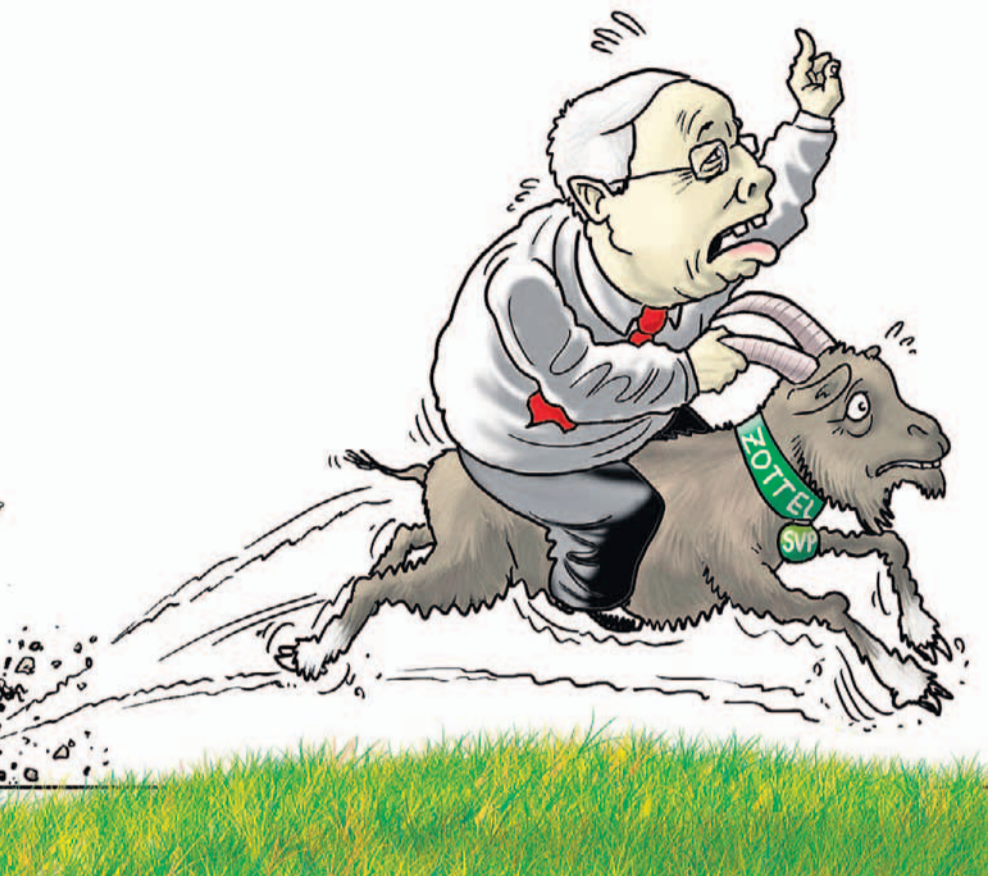
stefan.kuenzli@schweizamsonntag.ch

NIEDER GANZ DER ALTE.



Silvan Wegmann zur Woche.

... DER BÖSE EUROPÄER KOMMT!...
... DER BÖSE EUROPÄER KOMMT!...
... DER BÖSE...



■ GASTBEITRAG VON MAX CHOPARD*

Die Schweiz braucht eine aktive Industriepolitik

Die Nachricht: Seit bekannt geworden ist, dass der US-Industriekonzern General Electric das Energiegeschäft des französischen Kraftwerke, Turbinen- und Bahnherstellers Alstom kaufen will, herrscht in der Schweiz Besorgnis über eine mögliche Verlegung von Tausenden Arbeitsplätzen nach Frankreich. Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat diese Woche bei Alstom-Chef Patrick Kron in Paris vorgeschrieben.

Der Kommentar: Die Zukunft von Alstom steht zur Debatte. Im aktuellen Übernahmepoker setzt sich der französische Staat aktiv für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten in Frankreich ein. Für die Schweiz stellt sich die Frage: Nehmen wir däumchendrehend auf den Zuschauerrängen Platz, oder setzen wir unsere eigenen Trümpfe ein?

Die Schweiz sei kein Industrieland mehr, ist eine weitverbreitete Meinung. Richtig ist: Die Industrie in der Schweiz ist nach wie vor ein gewichtiger Arbeitgeber mit innovativen Produkten, gut qualifizierten Arbeitnehmenden und einer hohen Produktivität. Rund 700 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Industriebereich erarbeiteten im vergangenen Jahr knapp 120 Milliarden Franken für den Schweizer Wohlstand. Die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM), zu der auch Alstom gehört, nimmt dabei innerhalb der Industrie eine Schlüsselstellung ein: Mit rund 330 000 Beschäftigten ist die MEM-Industrie laut Arbeitgeberverband Swissmem die grösste industrielle Arbeitgeberin und bestreitet mit Exporten von 65 Milliarden Franken im vergangenen Jahr 32,5 Prozent der Güterausfuhr aus der Schweiz.

Das ist absolut relevant für unsere Volkswirtschaft. Die produzierende Industrie wird zu Unrecht unterschätzt. Dazu beigetragen hat das Gerede vom angeblichen Dienstleistungsparadies und dem Untergang des Produktionsstandortes Schweiz. «De-Industrialisierung» ist eines dieser Unworte.

Es gibt Ökonomen und Politiker, die entschuldigen ihr Nichtstun für den Industriestandort Schweiz mit der Behauptung, dieser «Strukturwandel» sei «ökonomisch zwangsläufig». Und sie begründen diese «Zwangsläufigkeit» mit dem hohen Lebensstandard und dem hohen Lohnniveau. Beides ist absurd. Den Gegenbeweis haben zahlreiche äusserst erfolgreich kleinere, mittlere und grössere schweizerische Industrieunternehmen längst geliefert. Sie stehen dabei in der globalisierten Wirtschaft in harter Konkurrenz zu Standortregionen, die eine aktive Industriepolitik kennen. Eine solche

betreiben nicht nur unsere Nachbarstaaten Frankreich und Deutschland, sie gehört heute zum Standard vieler Industrienationen.

Die Schweiz hat eine Landwirtschaftspolitik, eine Finanzplatzpolitik, eine Bildungspolitik und eine Tourismuspolitik. Eine aktive Industriepolitik für den Denk- und Werkplatz Schweiz war bisher nicht erkennbar. Passiv zuzuschauen, wie Tausende von Arbeitsplätzen in der Schweizer Industrie liquidiert werden, ist keine Politik. Denn die Erfahrung zeigt: Würden beispielsweise bei Alstom aufgrund der aktuellen Situation Arbeitsplätze ins Ausland verlagert, bestünde kaum eine Chance, diese Arbeitsplätze je wieder in die Schweiz zurückzuholen. Auslagerungen sind in der Regel irreversibel. Umgekehrt gilt: Die Chance, Arbeitsplätze durch aktive Industriepolitik zu erhalten, gibt es auch nur ein Mal. Darum sind in solchen Fällen die zuständigen Behörden in die Pflicht zu nehmen. Und es braucht eine gelebte Sozialpartnerschaft auf Augenhöhe. Nicht nur bei Sonnenschein, sondern gerade auch in stürmischen Zeiten.

Es geht nicht um Ideologie. Es geht nicht um «freie Marktwirtschaft» gegen «Staatsinterventionismus». Eine gute Industriepolitik zu machen, heisst: Aufbau, Erhalt und Verknüpfung guter Rahmenbedingungen wie Aus- und Weiterbildung, Verkehrsinfrastruktur, Raumplanung und Risikoexportgarantie. Eine aktive Industriepolitik zu machen, heisst, in Krisen nicht weg zu schauen, sondern lösungsorientiert anzupacken: Vernetzung, Diplomatie und Unterstützung. Erfolgreiche staatliche Unterstützungsmassnahmen in Krisensituationen kennen wir aus dem In- und Ausland. So zum Beispiel, als die Schweizerische Nationalbank zur Stützung der Exportwirtschaft die Untergrenze für den Schweizer Franken einführte oder als Deutschland in der Krise ihre Autoindustrie mit der Verschrottungsprämie stützte.

Die Schweiz hat Trümpfe, die stechen: eine Top-Verkehrsinfrastruktur, ein reibungslos funktionierendes Staatswesen, motiviertes Personal und eine Kultur des Ausgleichs. Nutzen wir sie.



* Max Chopard ist SP-Nationalrat aus dem Kanton Aargau. Er ist spezialisiert auf Wirtschafts- und Energiefragen. Seit 2013 leitet er Projekte in der Umweltarena in Spreitenbach. Zuvor war er Gewerkschaftssekretär der Unia mit Schwerpunkt Industrie.

■ TWEETS DER WOCHE

«Christoph Blocher tritt aus dem Nationalrat zurück, aber nicht aus der Politik! Danke für Dein grosses Engagement für unsere Schweiz!»

Der Rücktritt des SVP-Nationalrats gab viel zu reden. Natalie Rickli (@NatalieRickli), die 2011 Blocher auf der Nationalratswahlliste überholt hatte, dankte ihm für sein Engagement.

«En disant qu'il perd son temps au CN, Blocher remontre son mépris des institutions. Le parlement, c'est le contraire de la dictature»

Blochers Begründung, er verschwende im Parlament seine Zeit, passt SP-Nationalrat Roger Nordmann (@NordmannRoger) nicht.

«Noch zwei Rücktritte bis Schluer.»

Währenddessen rechnet der «Tages-Anzeiger»-Journalist Patrick Kühnis (@pakTagi) aus, wie viele Rücktritte es noch braucht, bis Ulrich Schluer nachrutscht.

«Mirka and I are so incredibly happy to share that Leo and Lenny were born this evening! #TwinsAgain»

Ebenso viel wie der Blocher-Rücktritt gab der Federernachwuchs zu reden. Tennistar Roger Federer (@rogerfederer) teilte die frohe Botschaft mit 108 Zeichen mit.

«Effizienz hat @rogerfederer in den Genen!»

Der Social-Media-Experte Simon Griesser (@simongriesser) ist einer der zahlreichen Twitter-Gratulanten.

«Freue mich auf weitere federer grandslams bei frauen, herren, frauen-doppel, herren-doppel und mixed» Radio1-Redaktor Lukas Reinhardt (@ReinhardtLukas) malt sich aus, welche Möglichkeiten sich ergeben, wenn die Federer-Kinder im Tennis so erfolgreich sind wie ihr Vater.